

# Die amerikanische Krisis.

„Amerika kann nicht nachgeben“.

Die immer neuen Verzögerungen und Verschleppungen in unseren diplomatischen Auseinandersetzungen mit Amerika, die wir schon lange als fühlbare Schädigungen der elementarsten Interessen unserer Kriegführung bedauern, führen uns zu immer neuen Wilson-Krisen. Wie oft ist nun schon durch unkontrollierbare Meldungen von drüben der Wahn geweckt worden, wir seien im Begriff, uns mit Amerika gütlich zu verständigen. Herr Wilson habe ein Einsehen in das Recht und die Billigkeit unseres Standpunktes gewonnen, und seine Regierung werde gemäß dieser Einsicht Stellung nehmen. Immer wieder aber erwies sich jedwede derartige rosenrote Ansicht der Lage und Aussichten als durchaus unbegründet. Jetzt wieder, durch die allerneueste „Reuter“-Meldung über den Inhalt des Briefes, den Präsident Wilson an den Senator Stone geschrieben hat, wird jeder Optimismus jäh und brutal niedergeschlagen. Wir waren schon in der Lage, unseren Lesern den Kern dieses Schreibens in Kürze festzustellen. Jetzt besagt eine „Reuter“-Meldung aus Washington darüber des näheren:

Washington, 25. Februar. (Meldung des „Reuterschen Büros“.) In seinem Briefe an den Senator Stone sagt Präsident Wilson:

Die Haltung, die die Mittelmächte, wie sie angefündigt haben, in Zukunft in der Unterseebootkriegführung annehmen wollen, widerspricht so offenbar den ausdrücklichen Versicherungen, die sie uns längst gegeben haben, daß ich annehmen muß, es werden demnächst Erklärungen folgen, die ein anderes Licht auf die Frage werfen. Aber in jedem Falle liegt unsere Aufgabe klar vor uns. Keine Nation oder Gruppe von Nationen hat das Recht, während der Dauer des gegenwärtigen Krieges Grundsätze zu ändern oder außer acht zu lassen, auf die sich alle Nationen zur Milde rung der Schrecken und Leiden des Krieges geeinigt haben, und wenn die klaren Rechte amerikanischer Bürger etwa unglücklicherweise durch eine solche Handlung beeinträchtigt oder bestritten werden sollten, so würde die Rücksicht auf unsere Ehre uns keine Wahl in bezug auf unsere Haltung lassen. Ich kann keine Beeinträchtigung der Rechte amerikanischer Bürger nach irgendeiner Richtung zulassen. Die Ehre und die Selbstachtung unserer Nation stehen auf dem Spiele.

Wir lieben den Frieden und werden ihn um jeden Preis bewahren, außer um den Preis unserer Ehre. Unseren Mitbürgern zu verbieten, von ihren Rechten Gebrauch zu machen, aus Furcht, wir könnten in die Lage kommen, diese Rechte für sie geltend zu machen, wäre eine tiefe Erniedrigung; es wäre in der Tat eine Zustimmung zur Verletzung der Rechte der Menschheit an jedem Orte, durch jede Nation und unter jedem Vorwande. Ein freiwilliges Aufgeben unserer bisherigen stolzen Haltung als Wortführer der Gerechtigkeit und des Rechtes mitten in den Wogen des Krieges würde alles, was wir bisher erreicht haben, bedeutungslos und wertlos machen.

Wenn wir jetzt Nützlichkeits erwägungen an die Stelle von Grundfähn treten ließen, so wäre noch weiteren Zugeständnissen Tür und Tor geöffnet. Man gestatte nur ein einziges Abweichen vom Rechte, und zahlreiche andere Demütigungen werden zweifellos folgen, und das ganze schöne Gebäude des Völkerrechtes würde unter unseren Händen Stück für Stück abbröckeln. Amerika kann nicht nachgeben, ohne seine eigene Ohnmacht einzugestehen und seine unabhängige Stellung unter den Nationen der Welt tatsächlich preiszugeben.

Das wäre die denkbar schroffste Absage Herrn Wilsons an Deutschland. Unerfindlich, wo danach noch Raum und Möglichkeit für weitere Verhandlung sein soll. Es muß gesagt werden: Wenn Herr Wilson diesen Brief so geschrieben hat, wie er von „Reuter“ wiedergegeben wird — und es besteht kaum eine Möglichkeit, an der Richtigkeit dieser Wiedergabe zu zweifeln —, so kann man nur annehmen: Herr Wilson will Deutschland um jeden Preis, auch um den eines Krieges, bei dem er sich und Amerika recht fern vom Schuß glaubt, vor den Kopf stoßen. Wenn dieser Brief an den Senator Stone die Auffassung wiedergibt, die Herr Wilson auch in seiner amtlichen Politik Deutschland gegenüber vertritt, so wäre das, soweit es auf Herrn Wilson ankommt, der Krieg. Denn diese Auffassung enthält aufs unverblümteste die Forderung, daß Deutschland weit hinter die Linde zurückweiche, die Selbsterhaltung und Ehre ihm unverrückbar vorschreiben.

Soweit Herr Wilson und sein Herr Lansing in Betracht kommen, sehen wir nach der Veröffentlichung dieses Briefes keine Möglichkeit einer Verständigung mehr. Die letzte Möglichkeit für Amerika, sich dagegen zu sichern, daß Wilson und Gefolgschaft es letzten Endes aus Gründen der Wahlagitation in einen vom amerikanischen Standpunkt geradezu irrsinnigen Krieg treiben, liegt

bei seinem Parlament und bei jenen verantwortlichen Führern seines politischen Lebens, denen nicht die spezifisch amerikanische, von Kennern der politischen Pöche Amerikas zur Genüge beschriebene Präsidentenkrankheit Herz und Hirn verwirrt hat, wie eben den Wilson und Roosevelt.

Nach besteht diese Möglichkeit. Wir möchten allerdings keine Häuser auf sie bauen. Zwar in demokratischen politischen Kreisen der Union scheint man nach wie vor, ja sogar in verstärktem Maße gegen das frivole Spiel zu sein, das Professor Wilson mit dem Kriegsfeuer treibt. Wir gaben die Äußerungen schon wieder, mit denen die angesehensten demokratischen Führer, mit denen führende Parteifreunde des Herrn Wilson selbst sich aufs schärfste gegen die in dem Briefe Wilsons an Stone vorgetragene, in ihrer geistigen und sittlichen Beschränktheit geradezu verhängnisvolle Auffassung wenden. Eben erst wieder hörten wir durch „Reuters Büro“, das gewiß nicht gern und ohne Not etwas zu ungunsten seines Herrn Wilson aussagt, daß die demokratischen Parteiführer geradezu drohen, sich von Wilson loszusagen und mit seiner Regierung wegen ihrer unerhörten parteiischen Haltung zugunsten Englands zu brechen. Das muß man gerade bei den amerikanischen Verhältnissen immerhin als ernststen Faktor in die politische Berechnung einstellen, denn nirgends ist der einzelne Politiker, und der Präsident vor allen, mehr abhängig von dem Willen der Parteien.

Minder klar als die Haltung der Demokraten erscheint nach „Reuters“ Darstellung, auf die wir trotz ihrer Erzerlogenheit nun einmal angewiesen sind, die Haltung der Republikaner. Darüber findet sich eine Andeutung in folgender Mitteilung:

Washington, 25. Februar. (Meldung des „Reuterschen Büros“.) Der Republikaner Lodge erklärte, daß er Wilson unterstützen werde. Verschiedene Parteiführer im Kongreß gaben Wilson bekannt, daß alle Mitglieder des Kongresses wünschten, daß die amerikanischen Bürger davor gewarnt werden, mit bewaffneten Handelsschiffen zu reisen. Sie versicherten ihm gleichzeitig, daß sie trachten würden, die Verhandlungen dieser Angelegenheit im Kongreß zu verhindern, solange die Verhandlungen über die „Lusitania“ noch schweben. Bryan sandte Programme an die Mitglieder des Kongresses, in denen er sich dafür einsetzt, daß die Amerikaner gewarnt werden sollen. Senator Jones brachte eine Entschließung ein, in der erklärt wird, der Senat sei der Auffassung, daß jede Streitfrage, welche die nationale Ehre berühre, im Kongreß verhandelt werden müsse, ehe eine Entscheidung falle, und daß auch kein Ultimatum geschickt und diplomatische Beziehungen nicht abgebrochen werden dürfen, ohne daß die Angelegenheit im Kongreß vorgelegt wird.

Ob der Republikaner Lodge mit seinem Unterstützungsangebot lediglich für seine Person oder auch wenigstens für einen Teil seiner Partei spricht, ist dem nicht zu entnehmen. Hätte er die Partei gar vollständig hinter sich, so würde „Reuters Büro“ wohl nicht verächtlich haben, das kräftig zu betonen. Insgesamt erhält man danach selbst aus den „Reuter“-Meldungen den Eindruck, daß Herr Wilson seine eigene Partei, die Demokraten, gegen sich und die Republikaner nicht für sich hat. Es wäre für alle Teile und letzten Endes selbst für Herrn Wilson das Beste, wenn dem so wäre, denn zweifellos würde Herr Wilson einst als eine tief tragische Figur in der Weltgeschichte stehen, wenn er, dieser pacifistisch gefärbte Geschichtsphilosoph, wirklich durch eine hilflose Verstrickung seines Gewissens in ideo-kratischen, alles sittlichen Urteils verlustig gegangenen Ehrgeiz zum kriegerischen Brandstifter an dem friedlichen Hause Amerikas würde.

Deutschland kann den Standpunkt den Herr Wilson in seinem Briefe an Stone einnimmt, überhaupt nicht mehr erörtern. Er ist für uns nach allem Vorhergegangenen undiskutierbar. Die Antwort, welche die Demokraten mit der Androhung einer Absage an die Regierung auf den Brief Wilsons geben, zeigt, daß sie das erkennen. Schon so lange haben wir ein wichtigstes, ein vielleicht entscheidendes Interesse unserer Kriegführung diesen unfruchtbaren Erörterungen mit den Wilson und Lansing hintangestellt. Jetzt müssen diese davon überzeugt werden, daß sie weiterhin auf Granit beißen. Mögen die Männer, denen im amerikanischen Kongreß Wohl und Wehe ihrer Nation zu verwalten obliegt, den im Gewissen verirrten Herrn Wilson auf einen Weg zurückzwingen, auf dem er nicht sein Volk ins Feuer eines Krieges verleiten kann, dessen Entzündung jede Erwägung des Verstandes und des Gewissens als ein Verbrechen an Amerika erkennen muß.